



Herrn Jann Jakobs
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

18. Mai 2012

Gedenkstätte Lindenstraße 54

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs,

für die Einladung, über die Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße 54 mit zu beraten, danke ich Ihnen namens und im Auftrag von Herrn Ludwig Baumann. Er ist gern bereit, an der Anhörung am 7. Juni 2012 in der Gedenkstätte teilzunehmen. Vorab hat er mich gebeten, Ihnen einige grundsätzliche Gedanken mitzuteilen, über die in Vorstand und wissenschaftlichem Beirat unserer Bundesvereinigung Konsens besteht.

Wir bedauern, dass unsere Vereinigung - lt. eingeholter Auskunft ebenso wie andere Opferverbände von NS-Verfolgten - nicht in die Erarbeitung der Konzeption einbezogen wurde, wie uns dies aus anderen Gedenkstätten bekannt und vertraut ist. Die vorgelegte Konzeption vermittelt uns eine problematische Schwerpunktsetzung auf die Zeiträume der Nutzung des Gebäudes als sowjetisches Geheimdienstgefängnis und später als Untersuchungsgefängnis der Stasi. Dieses konzeptionelle Ungleichgewicht hat Auswirkung auf alle Teile der Konzeption (Zielgruppen, Aufgaben, Kooperationen, Beirat).

Vor diesem Hintergrund haben wir erhebliche Zweifel, ob die in der Konzeption formulierte Prämisse, die NS-Verbrechen durch Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, überhaupt zum Tragen kommen kann. Der explizite Hinweis, „die Dimension der NS-Verbrechen nicht zu bagatellisieren“ ist für uns als tragender Grundsatz der Konzeption nicht erkennbar.

Auch der bisher gewählte Titel „Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ bestätigt und bestärkt diese Befürchtung. Nach unserer Auffassung ist dieser Name ungeeignet, dem zitierten eigenen Anspruch gerecht zu werden: Stellt er doch grundsätzlich verschiedene Verfolgungszeiträume gleich und betont vermeintlich Gemeinsames, statt durch Differenzierung aufzuklären und zu nötiger Unterscheidung anzuregen.

Im Wissen um die Herausforderung, eine Gedenkstätte „mehrfacher Vergangenheit“ für alle Opfer würdig zu gestalten, senden wir Ihnen beigefügte erste Antwort auf den Fragenkatalog zwecks Erstellung der Synopse, die der Anhörung vorausgehen soll. Herr Baumann wird dort als Opfer der NS-Militärjustiz die Position der Bundesvereinigung mündlich erläutern und vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand

p.s.: Dieser Brief nebst Anlage wird Herrn Jetschmanegg in Kopie per E-Mail zugestellt.